

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

48. Jahrgang.

N 128.

Dienstag, den 29. Oktober

1901.

### 10. öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Collegiums Freitag, den 1. November 1901, Abends 8 Uhr

im Rathhause.

Eibenstock, den 26. Oktober 1901.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

G. Diersch.

#### Tagesordnung:

- 1) Beschlussfassung wegen Ausloosung von 20 Stück Gasanstaltsaktien.
- 2) Desgleichen wegen Einführung eines Schulgeldes für Fortbildungsschüler.
- 3) Vortrag der geprüften Schulgeldrechnung auf das Schuljahr 1899/1900.
- 4) Kenntnisaufnahme von
  - a. dem Rathschlusse, die Einführung einer Steuer für Versteigerung auswärtiger Sachen betreffend;
  - b. der Gewährung einer Staatsbeihilfe für die Hochschule auf das Jahr 1901.Darauf geheime Sitzung.

### Deklaration zur Einkommensteuer betreffend.

Anlässlich der Einschätzung zur Einkommensteuer für das Jahr 1902 sind Aufforderungen zur Deklaration des Einkommens ergangen.

Diejenigen Personen, denen hierbei eine solche Aufforderung nicht zugegangen ist, können eine Deklaration bis **7. November d. J.** bei der unterzeichneten Stelle einreichen, woselbst in der Stadtsteuereinnahme-Formulare hierzu unentgeltlich abgegeben werden.

Gleichzeitig werden alle Vormünder, Vertreter von Stiftungen, eingetragenen Vereinen usw. hierdurch aufgefordert, für die von ihnen bevormundeten Personen oder vertretenen Stiftungen usw., insofern sie ein steuerpflichtiges Einkommen haben, binnen gleicher Frist eine Deklaration alhier einzureichen, wenn auch die Zustellung einer besonderen Aufforderung hierzu nicht erfolgt ist.

Hierbei wird noch zur Vermeidung der in den §§ 68—73 des Einkommensteuergesetzes angedrohten Strafen die genaue, wahrheitsgemäße Aufstellung sowohl der **Einkommensdeklarationen**, als auch der **Lohnnachweisungen** empfohlen.

Eibenstock, den 28. Oktober 1901.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Bg.

### Jahrmarkt

(nur Krammarkt)

am 4. und 5. November 1901  
in Eibenstock.

### Zwischen Landwirtschaft und Börse

herrscht seit vielen Jahrzehnten ein gespanntes Verhältnis. Der Landwirthschaft ist die Börse die Vertreterin des Zwischenhandels, die vom Verkäufer wie vom Käufer zapft — die Börse wiederum hat die Landwirtschaft wie etwas Rüdständiges, Ueberlebtes, das sich nicht mehr in der bisherigen Weise halten kann, behandelt. Bei den jetzigen Debatten über den Zolltarifenwurf ist dieser Gegensatz zwar auch wiederholt scharf betont worden, aber es mehren sich auch auf beiden Seiten die Stimmen, die zum Geben mahnen, wenn man nehmen will.

Es ist aufgefallen, daß die halbamtlichen „Verl. Polit. Nachr.“ in neuerer Zeit etwas börsenfreundlicher geworden sind. In der Zuckerfrage hat sich das gezeigt und jetzt bringt das Blatt wiederum eine verallgemeinerte Schlussfolgerung dahingehend, daß die Börse keineswegs eine Einrichtung sei, dazu bestimmt, einer Minderzahl Begünstigter zu raschem und reichem Erwerb zu verhelfen; sie sei vielmehr ebenso wie der Börsenhandel ein durchaus legitimer und existenzberechtigter Zweig unseres Erwerbslebens und so fest in dieses eingegliedert, daß, wenn ihm die Lebensader unterbunden wird, nicht bloß die Existenz einer ganzen Reihe durchaus legitimer Geschäfte in Frage gestellt, sondern auch das Erwerbsleben im ganzen in Mitleidenschaft gezogen wird. Eine solche lähmende Wirkung der Gefährdung der Börse und des Börsenhandels würde namentlich dann zu befürchten sein, wenn nach Herstellung fester, dem wirtschaftlichen Bedürfnis unseres Handels entsprechender Zoll- und Handelsbeziehungen zum Auslande ein rascheres Pulsiren unseres Erwerbslebens und ein kräftiger Aufschwung der heimischen Produktion zu erwarten steht. Man würde daher hoffen dürfen, daß der Reichstag, wenn, wie es ja als sicher gelten kann, demnächst die Frage einer Revision des Börsengesetzes an ihn herantritt, sich bereit finden wird, den Lebensbedingungen der deutschen Börsen in vollem Umfange gerecht zu werden.

Damit kann man sich ja einverstanden erklären, wenn auch diese Einsicht etwas spät und erst nach bereits erfolgter jahrelanger Schädigung des Erwerbslebens im ganzen zum Durchbruch gelangt. Dann aber folgt ein Schlussatz, der auf die Quelle der auffallenden Börsenfreundlichkeit ein sehr bezeichnendes Licht fallen läßt. Er lautet:

Wenn die Börse im Reichstage bisher mit weniger günstigen Augen betrachtet worden ist, so wird andererseits nicht zu verkennen sein, daß die Schuld zu einem guten Theil an der Börse selbst lag, denn während die Börseninteressenten für die Wahrung ihrer Interessen lebhaft eintreten und sie auch von den Vertretern anderer Erwerbszweige beanspruchten, haben sie sich nur zu oft durchaus kühl gegenüber den Interessen anderer Zweige des Erwerbslebens verhalten. Ja, sie haben die Forderungen der Landwirtschaft auf Verstärkung ihres Zollschatzes durchweg und zum Theil mit leidenschaftlichem Eifer bekämpft. Die Börseninteressenten können sich daher nicht wundern, wenn in dem Reichstage, in welchem die große Mehrheit der Mitglieder von der Nothwendigkeit eines starken Zollschatzes der heimischen Agrarprodukte fest überzeugt ist, die Börse mit dem gleichen Maße gemessen wird, mit dem sie die Interessen der heimischen Landwirtschaft zu messen sich gewöhnt hat. Aber auch so wird man hoffen dürfen, daß das Interesse, welches unser ganzes Erwerbsleben an der Erhaltung einer kräftigen deutschen Börse hat, in Verbindung mit dem Gefühl der Gerechtigkeit gegenüber einem existenzberechtigten Gliede dieses unseres Erwerbslebens die Mehrheit des Reichstages dazu bestimmen wird, gemäß den zu erwartenden Vorschlägen der verbündeten Regierungen des Börsengesetz so zu ändern, wie es für die Lebensbedingungen eines gesunden Börsenverkehrs durchaus notwendig ist.

Es ist nicht gut, wenn in dieser Weise die Interessen verquitt, wenn gewissermaßen politische Handelsgeschäfte zwischen den verschiedenen Interessengruppen angesetzt werden. Ist der

Zollschatz notwendig, dann muß er gewährt werden, sind seine Nachteile überwiegend, so muß er abgelehnt werden. Das allein muß der Standpunkt bleiben, nach dem sich der Reichstag zu entscheiden hat.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Bei der Verschlechterung der Reichseinnahmen und der ungünstigeren Gestaltung des nächsten Reichshaushalts wird offiziell mögliche Anpassung der Ausgaben proklamiert und ausgeführt: Hatten sich schon die in Berlin versammelt gewesenen Finanzminister der Einzelstaaten darüber verständigt, daß auch im Reiche die größte Sparsamkeit plagreifen müsse, so gilt gegenwärtig, da die Zeit des Abschlusses der Staatsarbeiten für 1902 heranreift, der Grundgedanke, daß nur die unbedingt notwendigen Ausgaben in den Etat eingestellt werden sollen. Um hierüber und über die damit im Zusammenhange stehende Frage, wie der Erhöhung der Matrikularbeiträge für 1902 möglichst vorgebeugt werden könne, eine entscheidende Erörterung herbeizuführen, soll in den nächsten Tagen zwischen den beteiligten Ressortchefs und dem Staatssekretär des Reichsschatzamt eine Konferenz stattfinden.

— Der Reichstag wird in der bevorstehenden Session voraussichtlich auch keine China-Verhandlung haben. Bekannt ist schon, daß die Kosten für die in China zurückgeliebene deutsche Besatzung mit eingerechnet sind in die allgemeinen Ausgaben der ostasiatischen Expedition von 1900. Die von China zugelagegte Entschädigung reicht danach auch aus, um die Kosten für die Besatzungstruppen bis zum 1. April 1902 zu decken. China weigert sich entschieden, wie es recht verständlich ist, die Kosten für die fremden Truppen auf seinem Gebiete zu übernehmen, und es ist gar keine Aussicht, daß hierin eine Aenderung eintritt. Die chinesische Regierung spricht vielmehr dem Vernehmen nach das Verlangen aus, daß die Besatzungen der Mächte von dort zurückgezogen werden. Infolge dessen muß man sich darüber entscheiden, ob die Truppen aus China im nächsten Frühjahr zurückgezogen werden sollen oder ob neue Mittel für die weitere Besatzung der betreffenden Orte in China verlangt werden sollen. Selbstverständlich wird Deutschland sich darüber mit den anderen Mächten verständigen müssen, welche auch noch Besatzungen in China haben. Wenn die Mächte auch nach dem Vertragsschlusse mit der chinesischen Regierung Garnisonen im Lande beibehielten, so geschah es auf Grund der Befürchtung, daß den Fremden dort von der Landesregierung kein ausreichender Schutz für ihr Eigenthum und ihr Leben gewährt werden könnte. Daß hierin auch jetzt noch keine ausreichende Bürgschaft vorhanden ist, unterliegt keinem Zweifel. Darin wird sich auch bis zum 1. April nächsten Jahres nichts ändern. Die Entscheidung über diese Besatzungsfrage ist von weitgreifender politischer Bedeutung; denn mit der Zurückziehung der fremden Truppen würden die Mächte der chinesischen Regierung das Vermögen zuerkennen, auf ihrem Gebiete selbst allen feindlichen Strömungen begegnen zu können, während man ihr im vorigen Jahre die Kraft und den Willen dazu absperrt und selbst auf chinesischem Boden Ordnung herstellt. Das Verhalten der Mächte zu dieser Frage, die wohl den Gegenstand von Unterhandlungen der nächsten Zeit bilden wird, ist von ebenso großem Interesse, wie die früheren Verhandlungen über chinesische Angelegenheiten.

— Oesterreich-Ungarn. Die Drohung des Ministerpräsidenten v. Körber mit seinem Rücktritt über Auflösung des Hauses übte bereits ihre Wirkung aus, indem sämtliche vorliegende Dringlichkeits-Anträge zurückgezogen wurden und alle Parteien sich bereit erklärten, zugleich in die Budgetdebatte einzutreten.

— Frankreich. Wegen Mangels an Rekruten hat sich der französische Kriegsminister gezwungen gesehen, von der geplanten Errichtung der vierten Bataillone abzusehen. Der

Ausfall der eingestellten Dienstpflichtigen gegen das Vorjahr beträgt 4634 Mann.

— Süd-Amerika. Der deutsch-venezolanische Zwischenfall ist beigelegt. Wie aus Caracas berichtet wird, ist er durch die deutsche Gesandtschaft in befriedigender Weise ausgeglichen worden; die Befürchtungen, daß es zu Verwicklungen kommen könnte, sind hinfällig.

— China. Eine Nachricht, die geeignet ist, die Politik Rußlands in China scharf zu beleuchten, kommt soeben aus Schanghai. Darnach empfing Li-hung-tschang eine geheime Mittheilung — „geheime“ Mittheilungen scheinen unverändert beliebt zu sein in China —, die Kaiserin-Wittve habe von Rußland das Versprechen empfangen, alle fremden Angriffe zu verhindern und die Kaiserin in Peking zu beschützen. Thatsache ist, daß die Kaiserin vor der Katastrophe des Geländennordens eine starke Stütze in der russischen Diplomatie hatte. Es mag dieser Bestand mit Schuld daran sein, daß die herrschsüchtige und gewalthätige Frau es wagte, mit solchem Trotz den anderen Mächten gegenüber aufzutreten. Im Falle der Entdeckung der fremdenfeindlichen Künste konnte man an Rußland Deckung suchen. Nach der Flucht des Hofes aus Peking ließ Rußland die Kaiserin-Wittve fallen. Das ging schlechterdings nicht anders, denn erwiesenermaßen war sie die Seele der Verschwörung, die direkte Auftraggeberin der Fremdenverfolgungen gewesen. Damals gab die russische Regierung feierlich kund, nur Kwangsi, der Bogdohan, werde von ihr als der einzige legitime Herrscher in China anerkannt werden. Die übrigen beteiligten Mächte schlossen sich der Erklärung durchaus an; alle Altinstände der Mächte sprachen von Kwangsi. Daß für die chinesischen Staatsmänner nach wie vor nur der Wille der Kaiserin Befehl war, daß die Edliten mit der Unterschrift Kwangsis für die Beamten bedeutungslos waren und den Zweck der Vortäuschung aller möglichen reformfreundlichen und entgegenkommenden Absichten verfolgten, das kann seinem Zweifel unterliegen. Die Kaiserin-Wittve läßt sich nicht „auswechseln“, sie behält ebenso mächtig zurück, wie sie Peking verließ, und der arme Kwangsi muß einfach thun, was seine starke Lante verlangt. Auf sein Haupt fällt lediglich die Verantwortung; für die Nachsicherung von Sühne, die Abwendung von Telegrammen, worin „schmerzliches Bedauern“ über die Vorfälle ausgedrückt wird —, kurz für alles, was nach der Auffassung der Chinesen die Kaiserin-Wittve nicht thun dürfte, ohne ihre Autorität zu erschüttern, ist Kwangsi der „Strohmann“. Würde bisher ein Wort der Demüthigung oder der besseren Einsicht von der Kaiserin-Wittve vernommen? Nicht ein einziges. Die Kaiserin steht in unvermindertem Glanz vor ihrem Volke. Ist sie erst wieder in Peking, dann wird sie die Zügel der Regierung kräftig in die Hand nehmen. Es ist nicht zu verwundern, daß die Kaiserin, dem Telegramm aus Schanghai zufolge, „den dringenden Wunsch hegt, mit Rußland in freundschaftliche Beziehungen zu treten“; es ist auch, vom Standpunkte diplomatischer Taktik, zu verstehen, daß Rußland Anstoß sucht an diejenige Persönlichkeit, welche allein instande ist, Vortheile zu gewahren. Aber es fragt sich denn doch, ob die übrigen Mächte es gelassen mit ansehen können, wenn das Jarenreich sich zum Beschützer derselben Frau aufwerfen würde, deren Recht auf die Herrschaft durch ihre Thaten als verwirkt bezeichnet ist, und zwar durch die Initiative Rußlands. Begänne wiederum das Wettlaufen um die Gunst der Kaiserin-Wittve, nach ihrem Einzug in Peking, so könnte man nicht in Erstaunen gerathen über neue Proben chinesischer Ueberhebung und Unbuddisamsheit, wenn nicht noch bedenklichere Folgen.

— Südafrika. Vom Kriegsschauplatz sind seit mehreren Tagen überhaupt keine telegraphischen Nachrichten eingegangen. Dieses auffällige Schweigen des amtlichen Telegraphen wird wie gewöhnlich dahin gedeutet, daß es den britischen Truppen wieder recht schlecht, vielleicht noch schlechter gehe als früher bei ähnlichen Gelegenheiten. Derselben Ansicht hat auch der frühere Kriegs-